

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 11 (1931-1932)
Heft: 4

Artikel: Etwas zum Nachdenken : Ein-, Aus- und Abfälle aus meinen Notizbüchern
Autor: Müller, Dominik
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-157383>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

orthographischen Schrifttums zum schicklichen Ordnungsbürger zu befehlen, unterwirft auch er sich der einheitlich gewordenen Regel, so wie er sie schon überall liest und am unmittelbarsten von der des Maßgebenden kundigen Druckerei sie ihm vorgehalten wird. Oder er überläßt es ihr, ihn zu verbessern.

Sollte nicht aber auch durch einen geeigneten Anruf die W i e d e r b e s i n n u n g möglich werden auf das ahnungslos vergessene Sprachgehör?, das Erwachen aus der Hypnose, die die Autorität des selber vergewaltigten Duden ist? Der Anruf müßte freilich kommen, ehe es endgültig zu spät ist, anderseits in einem Zeitpunkt, wo er nicht derart wie gegenwärtig übertönt wird. Und er bedürfte dann noch des Lautsprechers, der chorisch sich sammelnden Verstärkung, wo ein einzelner Mund sich nicht einbilden wird, — das schlafende Dornröschen wachzuküssen.

Etwas zum Nachdenken.

Ein-, Aus- und Abfälle aus meinen Notizbüchern.

Von Dominik Müller, Basel.

Der Friede ist ein provisorischer Zustand wie die Gesundheit.

Die Weltgeschichte wird vorläufig immer deutlicher zur Geldgeschichte.

Historiker sind Leute, welche ein Geschehnis erst merken, wenn es vergangen ist.

* * *

Geschichtliche Sendung der Schweiz scheint es zu sein, den andern Völkern zu zeigen, daß man es bei durchgehender Mittelmäßigkeit der Begabung mit furchtbar viel Tüchtigkeit immer noch beträchtlich weit bringen kann.

Wir sind ein Land ohne Entwicklungsmöglichkeiten. Wir haben die Wahl zwischen Verkrüppelung, Verkümmern und Entwurzelung. Bleiben wir im Land, so verkümmern wir; gehen wir ins Ausland, werden wir entwurzelt. Ein Drittes gibt es nicht. Was bei einem großen Volk zur Weltfigur auswächst, verkümmert bei uns zu einer Züs Bünzlin.

Von der Pariser Plattform aus gesprochen, haben die größten Wichtigkeiten Weltwiederhall. In unsern Schweizer Mauslöchern erstickt auch das beste Wort.

In unserer Anorzi-Demokratie wagt man weder zu befehlen, noch versteht man zu gehorchen.

Die Angst der Obren vor den Untern und der Neid der Untern auf die Obren hält bei uns alles hübsch im Gleichgewicht der Mittelmäßigkeit.

Bei uns kann man nur als Vereinsmeier gedeihen. Der vereinslos Lebende kommt auf der ganzen Linie zu kurz.

* * *

Unsere Schulen bringen die Mittelmäßigkeit hoch, die Begabten herunter.

Der Knirps von Schweizer hat die Verschulung vermutlich als Verschalung, als Panzer im Daseinskampf unter den andern Völkern, auf die er angewiesen ist, dringend nötig. Je größer ein Volk, desto weniger ist es verschult, desto natürlicher ist es.

* * *

Wenn die Phrenologie wahr wäre, müßten die meisten meiner Landsleute an der Schädelstelle des Erwerbstriebes einen riesigen Auswuchs, etwa ein Nashorn, haben.

Nur keine großen Worte. Unsere Politik wird durch Handelsinteressen bestimmt, weiter nichts. Sie hat sich nach dem Nachbarn zu richten, der grad obenauf ist.

Sittlichen Wert hat bloß die Vaterlandsliebe der Armen. Bei den Besitzenden ist sie meist weiter nichts als Egoismus, Wille zur Behauptung ihres Besitzes.

* * *

Es ist in unserer guten Gesellschaft wie anderswo auch: vor dem Fremden öffnen sich die Türen weit. Man gewährt reichen oder für reich gehaltenen Fremden tausend Gunstbezeugungen, die man Einheimischen niemals gewähren würde. Die Eitelkeit, etwas zu gelten, kommt gegenüber dem Einheimischen nicht auf ihre Kosten.

Unsere Kaste maßt sich die Rechte eines Souveräns an. Sie verteilt Gnaden, nimmt Leute in Gnaden auf, anerkennt sie und läßt sie tückisch wieder fallen — ganz wie ein Souverän. Jeder einzelne von ihnen ist zwar nichts, aber zusammen ergibt sich etwas wie ein Souverän.

Wer seiner Frau davonläuft, um sich dafür mit einer reichen alten Schachtel zu verheiraten, steht geachteter dar, als wer ohne Geld bei seiner

Frau bleibt. Denn dem Geld zulieb wird hier alles entschuldigt; so sehr, daß man ehrlich sittlich entrüstet ist über einen, der kein Geld hat. Es ist noch genau wie in den fünfziger Jahren, wo die Frau des Malers Böcklin über ihren Basler Aufenthalt schrieb: „Was man mir am wenigsten verzeihen konnte, war der Mangel an Geld. Das klang in allen Vorwürfen durch, die ich zu hören bekam.“

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Und das Parlament?

In unserer letzten „Umschau“ haben wir anhand des Geschäftsberichtes des Politischen Departements dargetan, wie man auf der Regierungsseite Außenpolitik behandelt und treibt. Die Juni-Session der Bundesversammlung bietet reichlich Anlaß zu einer Betrachtung darüber, was Außenpolitik für das Parlament bedeutet und wie es seiner außenpolitischen Aufgabe nachkommt, bezw. nicht nachkommt.

* * *

Bei Behandlung des bundesrätlichen Berichts über die XI. Völkerbundsversammlung stellte die betreffende Kommission, die sog. Völkerbundskommission, an die Vollversammlung den Antrag, ihr bisher einjähriges Mandat in ein ständiges umzuwandeln und sie so gewissermaßen zu einer ständigen Kommission für Auswärtiges zu machen. Sie sollte den Platz der vor Jahren angeregten, aber nie zustande gekommenen eigentlichen parlamentarischen Kommission für Auswärtiges einnehmen. Das Parlament drückte sich aber in seiner Mehrheit einfach vor einer Stellungnahme zu diesem Antrag. Ob der Nationalrat an jenem Tag, an dem er zur Behandlung stand, überhaupt verhandlungsfähig war, d. h. die verfassungsmäßig erforderliche Anwesenheit von 51 % seiner Mitglieder aufwies, wurde nicht festgestellt (wenn die Verhandlungsunfähigkeit nicht festgestellt wird, gilt der Rat als verhandlungsfähig, auch wenn keine 51 % seiner Mitglieder anwesend sind). An der Abstimmung beteiligten sich auf alle Fälle nur 40 %, d. h. 80 von 198 Mitgliedern. Davon stimmten 47 gegen, 33 für den Antrag. Als am folgenden Tag das Postulat Schneider — der vom Bundesrat ernannten und instruierten schweizerischen Delegation an die Völkerbundsversammlung „politische Experten“ beizugeben — zur Abstimmung stand, wurden 132 Stimmen (= 66 % der Gesamtstimmenzahl) abgegeben; 100 dagegen, 32 dafür. Ist diese stärkere Beteiligung ein reiner Zufall? Oder muß man darin die natürliche Neigung der Ratsmitglieder erblicken, an einer Abstimmung dann teilzunehmen, wenn einfach nach einem fertigen Schema abgestimmt werden kann, wie in diesem Fall: unbefehene Ablehnung des Postulates Schneider, weil es vom parteipolitischen Gegner stammt; und sich dann von der Abstimmung zu drücken, wenn diese die Bildung eines eigenen Urteils verlangt, wie im Fall der Schaffung einer ständigen Kommission für Auswärtiges?

An sich ist das Postulat Schneider kein geeigneter Weg, um das jetzige Verhältnis zwischen Parlament und Regierung betreffs Führung der Außenpolitik fruchtbarer zu gestalten. Wohl enthält es den richtigen Gedanken, gegenüber der als reines Organ des Bundesrates amtierenden Delegation dem Parlament in Form von